

1204 692

UB Braunschweig

84



1204-692-6

Das Volksschulwesen

des

Herzogtums Braunschweig.

Nach den bestehenden Gesetzen und Verordnungen kurz
zusammengefaßt und dargestellt

von

Adolf Fricke.

Zweite Auflage.



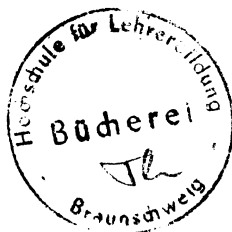
Braunschweig

E. Appelhans & Comp. G. m. b. H.

(Rud. Stolle & Gust. Roselieb)

1911.

Alle Rechte vorbehalten.



AK 742

Vorwort.

Auch diese zweite Auflage, die durch die neuere Gesetzgebung über das Volksschulwesen veranlaßt ist, will die Zöglinge der Lehrer- und Lehrerinnenseminare mit den Bestimmungen über das Volksschulwesen des Herzogtums Braunschweig in aller Kürze im wesentlichen bekannt und vertraut machen.

Die eingeklammerten Zahlen verweisen auf die Seitenzahlen meiner Volksschulgesetzgebung (3. Auflage. 1911. E. Appelhans & Comp. G. m. b. H., Braunschweig. 432 Seiten. 6,50 M), wo Ausführlicheres zu finden ist.

Braunschweig, den 1. November 1911.

Adolf Friede.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
I. Die staatliche Grundlage (Behörden und Aufsicht)	7
II. Seminarwesen	9
III. Prüfungen	10
IV. Militärdienst der Seminaristen	11
V. Gesamter Schuldienst	13
1. Anstellung	13
2. Urlaub	13
3. Kündigung	13
4. Dienstinstruktionen	14
5. Konferenzen	14
6. Disziplinarmaßregeln	14
7. Besoldung	15
8. Ruhegehalt	16
9. Schulbesuch	16
10. Schulgeld	17
11. Schulversäumnisse	17
12. Schulzucht	18
13. Organisation der Landgemeindeschulen	18
14. Ferien	19
15. Lehrplan	19
16. Gesundheitspflege	20
17. Fürsorge für nicht vollsinnige Kinder	21
18. Fürsorgeerziehung (Zwangserziehung)	21
VI. Lehrerinnen	23
Anhang: Eingaben	24

I. Die staatliche Grundlage.

Nach der Verfassung (2) bleibt die Erhaltung, Verbesserung und Vervollkommnung der öffentlichen Unterrichtsanstalten ein vorzüglicher, jederzeit mit allen deshalb zu Gebote stehenden Mitteln zu befördernder Gegenstand der Fürsorge der Landesregierung. Die Oberaufsicht und die oberste Leitung des gesamten Unterrichtswesens im Herzogtume Braunschweig wird vom Herzoglichen Staatsministerium*) ausgeübt (23, 140, 146, 159). Unter diesem leitet und beaufsichtigt das Herzogliche Konsistorium**) die evangelisch-lutherischen Gemeindeschulen und die Seminaranstalten (23, 159). Dasselbe hat im besonderen: 1. Lehrpläne, Lektionstabellen und Unterrichtslehrbücher zu genehmigen; 2. Schuleinrichtungen (Ferien, Prüfungen usw.) anzuordnen; 3. die Voranschläge der Schulzuschüsse vorzubereiten; 4. Baupläne festzustellen und zu genehmigen; 5. die anzustellenden Lehrer auf ihr Amt zu verpflichten und zu vereidigen und wegen Anstellung, Besoldung und Ruhestand der Lehrer Vorschläge zu machen; 6. die Disziplinargewalt über die Lehrer auszuüben; 7. die dienstlichen Verhältnisse und Geschäfte der Lehrer durch Instruktionen zu regeln; 8. Visitationen abzuhalten, Urlaub zu erteilen u. dergl. m.

Das ganze Herzogtum ist in Spezial-Inspektionen eingeteilt. Für die Landeschulen einer jeden Spezial-

*) Mitglieder: Hartweg, Erzell., Staatsminister (Inneres); Wolff, Erzell., Minister (Justiz, Kultus und Unterricht); Radkau, Minister (Finanzen). Sitz: Braunschweig.

**) Mitglieder: Sievers, Präsident; Dieff, Ober-Konsistorialrat; Schütte, Abt., Konsistorialrat; Pfeifer, Geheimer Baurat; Moldenhauer, Abt., Konsistorialrat; Dettmer, Konsistorialrat; Winter, Dr. jur., Konsistorialrat; Rohde, Abt., D., Konsistorial-Wizepräsident a. D. Sitz: Wolfenbüttel.

Inspektion ist ein Schulinspektor (in der Regel ein Superintendent) bestellt, welcher in betreff der inneren Angelegenheiten der Schulen seines Bezirkes innerhalb seines Wirkungskreises die erforderlichen allgemeinen und besonderen Instruktionen und Anweisungen zu erlassen und auf deren Befolgung zu achten, in betreff der äußeren Angelegenheiten das Interesse der Schule nach den Bestimmungen des Gesetzes über die Gemeindeschulen (vom 8. Dezember 1851, bezw. 27. Oktober 1898) wahrzunehmen hat u. dergl. m. (21). Die städtischen Schulen sind der unmittelbaren Inspektion des Herzoglichen Konsistoriums unterworfen und stehen unter einem dazu besonders ernannten Dirigenten.*) Der Dirigent hat für jede ihm unterstellte Schulanstalt unter Zuziehung der bei ihr angestellten Lehrer die Lektionstabellen und den Lehrplan aufzustellen und überhaupt alle inneren Angelegenheiten der Schule wahrzunehmen, also die Methode des Unterrichts und die Schulzucht in Gemäßheit der bestehenden Vorschriften, sowie der vom Herzoglichen Konsistorium ergehenden allgemeinen und besonderen Instruktionen und Anweisungen zu ordnen und zu leiten. Er besorgt auch die Aufnahme und Entlassung der Schüler und, auf den Vorschlag der Lehrer, die Versetzung derselben in eine höhere Klasse (21) u. dergl. m.

Der nächste Vorgesetzte einer jeden Landschule und des bei ihr angestellten Lehrers ist der Geistliche (Ortsprediger). Seine Funktionen decken sich mit denen des Dirigenten (19, 20).

Jede Gemeinde muß eine Gemeindeschule haben, für deren Unterhalt (einschließlich der Gehalte und Pensionen der Lehrer) sie zu sorgen hat (3). Ein Recht, ihre Kinder in die evangelisch-lutherischen Gemeindeschulen zu schicken, haben nicht nur die evangelisch-lutherischen, sondern auch alle anderen Glaubensgenossen (4).

Jede Gemeindeschule hat einen Vorstand, dessen Mitglieder der Vorsitzende des Kirchenvorstandes,

*) Hauptamtlich in Blankenburg, Braunschweig, Harzburg, Helmstedt, Holzminden, Königsutter, Schöningen und Stadtfeldendorf.

der Gemeindevorsteher, je ein Mitglied des Kirchenvorstandes und des Gemeinderats und der Lehrer sind (6, 7). Bis zur Vollendung seines 30. Lebensjahres nimmt der Lehrer an den Sitzungen des Schulvorstandes nur mit beratender Stimme teil. In den Städten und den mit einer Bürgerschule versehenen Flecken besteht der Schulvorstand aus dem Vorsitzenden des Magistrats (dem Gemeindevorsteher), aus dem ersten Geistlichen, je einem Mitgliede der Stadtverordneten (des Gemeinderats) und des Kirchenkonvents, dem Schuldirigenten und, so oft es sich um die inneren Angelegenheiten einer einzelnen Schule handelt, dem ersten Lehrer derselben (7).

Die Schulvorstände haben im allgemeinen für das Beste der Schule und vorzugsweise für die äußeren Angelegenheiten derselben zu sorgen. Im besonderen haben sie 1. das Interesse der Gemeinden an Erhaltung der Schulgebäude wahrzunehmen; 2. die Anschaffung der Schulgeräte usw. zu erwirken (8); 3. das Schulvermögen zu verwalten (Schulkasse 8); 4. das Schulanschlagsbuch zu führen; 5. Zuschüsse zu erwirken (11, 12) u. dergl. m.

II. Seminarwesen.

Im Herzogtume bestehen zwei Seminare für Volksschullehrer, je eins in Wolfenbüttel und Braunschweig. Ein drittes (in Gandersheim) ist im Entstehen. Es sind sechsstufige Externatsanstalten. Gesetzliche Bestimmungen darüber sind nicht vorhanden. Lehrplan und Prüfungsordnung sind in Vorbereitung.

Die Aufnahme in die 6. Seminarklasse wird durch eine Vorbildung bedingt, wie sie eine gute Volksschule gibt (14. Lebensjahr). Aufnahmezeit ist Ostern. Seitens der Eltern ist ein Verpflichtungsschein (Revers) auszustellen.

Als Aufnahmepapiere gelten Taufschein und letztes Schulzeugnis.

Schulgeld wird nur in den 3 unteren Klassen (24 M jährlich) bezahlt.

Unterstützungen an bedürftige Seminaristen werden gewährt (Gesuche an das Herzogliche Konsistorium).

III. Prüfungen (26).

A. Wer zum Gemeindeschuldienste zugelassen werden will, muß die nachfolgenden Prüfungen bestehen:

1. die Abgangsprüfung (das Tentamen), welche bei dem Austritte aus dem Seminare von dem Lehrkörper unter dem Voritze eines Mitgliedes des Herzoglichen Konsistoriums abgehalten wird;
2. nach 2—5 Jahren die Schulamtsprüfung (das Staatsexamen), welche vor einer eigens hierzu errichteten Prüfungskommission unter Vorsitz eines dem Herzoglichen Konsistorium angehörenden Mitgliede abgelegt wird.

Das durch 1 erworbene Zeugnis befähigt zur vorläufigen Verwendung im Gemeindeschuldienste, die Schulamtsprüfung zur festen Anstellung als Gemeindeschullehrer.

Die Prüfungskommission besteht gegenwärtig aus den Herren: Konsistorialrat, Abt Schütte, Seminardirektoren Everlien und Wide, Seminarinspektor Jeep, Seminaroberlehrern Hede, Dr. phil. Gerber und Kolgenburg, sowie Seminarmusiklehrer Saffe.

- B. 1. Die Prüfung der Kandidaten für höhere Lehrämter an Lehrerseminaren und Bürgerschulen (Rektorenprüfung 171 ff.) ist einer besonderen Examinationskommission übertragen, die gegenwärtig besteht aus den Herren: Konsistorialrat, Abt Schütte, Oberschulrat Brandes, Seminardirektoren Everlien und Wide, Gymnasialdirektor Hildebrandt und den Professoren R. Peters und Lenz. Durch Ablegung dieser Prüfung wird die Befähigung zur Anstellung als Seminardirektor, als Seminarlehrer, als Leiter von höheren Mädchenschulen, als Direktor, Dirigent, Schulinspektor und Rektor an Bürgerschulen und als Leiter mehrklassiger Privatschulen erworben. Die Prüfung ist abzulegen: 1. von allen Bewerbern in Religion,

Deutsch und Pädagogik, 2. nach Wahl der einzelnen Bewerber a) in Lateinisch oder Französisch oder Englisch, b) in zweien der Fächer Geschichte, Erdkunde, Mathematik, Botanik und Zoologie, Physik und Chemie nebst Mineralogie.

Meldungen zur Prüfung bis zum 1. Januar oder 1. Juli jeden Jahres.

2. Prüfungen der Musik-, Turn-, Zeichen-, Taubstumm- und Blindenlehrer — etwa wie in Preußen — sind im Herzogtum unbekannt.

IV. Militärdienst der Seminaristen.*)

Die staatlichen Lehrerseminare sind seit 1896 als Lehranstalten anerkannt, die gültige Zeugnisse über die wissenschaftliche Befähigung für den Einjährig-Freiwilligendienst ausstellen, [in Kraft seit 1. Jan. 1900 (250)].

Den Berechtigungsschein stellt die Prüfungskommission für Einjährig-Freiwillige aus. Zur Erwerbung desselben sind folgende Papiere nötig: 1. Geburtschein, 2. ein obrigkeitlich beglaubigtes Attest über die Bereitwilligkeit und Fähigkeit des gesetzlichen Vertreters oder eines Dritten, für die Kosten des Einjährig-Freiwilligen-Dienstes aufzukommen, 3. Führungszeugnis, welches für Schüler höherer Schulen von dem Direktor der Lehranstalt, für alle übrigen jungen Leute von der Polizei oder der vorgesetzten Dienstbehörde ausgestellt wird, 4. das Reisezeugnis eines „berechtigten“ Seminars.

Der Militärfähige hat sich in der Zeit vom 15. Januar bis zum 1. Februar desjenigen Jahres, in dem er das 20. Lebensjahr vollendet, bei der Ortsbehörde seines Wohnortes zur Aufnahme in die Stammliste zu melden. Der Militärdienst der Volksschullehrer dauert

*) Vergl. Reishauer: Der Militärdienst der Volksschullehrer. Alinkhardt, Leipzig, 60 Pf. (für Mitglieder des Deutschen Lehrervereins 40 Pf. direkt vom Verlage). Inhalt: Gesetzliche Bestimmungen und Erlasse, Gesuche und Eingaben an Militär- und Schulbehörden, finanzielle Vorbereitung zum Militärjahre usw.

ein Jahr; sie können ihrer Militärpflicht als Einjährig-Freiwillige oder als Einjährig-Aktive genügen. (Folgende Vorteile und Annehmlichkeiten hat jener vor diesem voraus: a) der E.-F. kann die Zeit seines Eintritts in das Heer selbst bestimmen, der E.-A. nicht; b) der E.-F. kann sich Garnison und Truppenteil wählen, der E.-A. muß dahin gehen, wohin ihn das Generalkommando schickt; c) der E.-F. kann bei Eltern (Verwandten, privat) wohnen, der E.-A. muß in der Kaserne schlafen; d) der E.-F. ist vom Kasernendienste befreit, der E.-A. nicht; e) der E.-F. kann seine freie Zeit nach Belieben verwenden, der E.-A. ist an die Kaserne gebunden; f) der E.-F. kann Reserveoffizier, der E.-A. nur Reserveunteroffizier werden; g) der E.-F. genießt ein höheres Ansehen bei Vorgesetzten, Kameraden und Publikum und erfreut sich eines besseren gesellschaftlichen Umganges als der E.-A. — Die Kosten des Militärjahres belaufen sich für den E.-A. auf 5—800 M, für den E.-F. auf 11—1200 M, wenn er bei seinen Eltern wohnt, im anderen Falle auf 16—1800 M (bei mäßigen Ansprüchen.)

Für die Lehrer (Seminaristen) des Herzogtums Braunschweig besteht eine Militärkommission, die jederzeit gern zu Auskünften bereit ist. (Vorsitzender: Lehrer F. Kunkel, Kastanienallee 51a, Schriftführer: Lehrer H. Behme, Helmstedterstraße 29, Seminaroberlehrer D. Kolzenburg, Wolfenbüttel, Seminaroberlehrer G. Hämerling, Braunschweig und Lehrer R. Viedt, Braunschw.).

Die Wehrpflicht dauert vom vollendeten 17. bis 45. Lebensjahre.

Gesuche um Zurückstellung sind an die Ersatzkommission des betreffenden Bezirkes, z. H. des Vorsitzenden, zu richten.

Für die Unabkömmlichkeit der Lehrer im Falle einer Mobilmachung gilt als Grundsatz, daß in jedem Orte ein Lehrer für den Schuldienst zu verbleiben hat. (251—254):

Eine Weiterzahlung des Gehaltes bei militärischen Übungen findet nur bei festangestellten, nicht bei provisorischen Lehrern statt (26).

V. Gesamter Schuldienst.

1. Anstellung.

Die feste Anstellung erfolgt in der Regel nicht vor dem vollendeten 25. Lebensjahre (26).

Die Ernennung geschieht auf Vorschlag des Herzoglichen Konsistoriums von der Landesregierung durch ein Höchstes Reskript (26).

Bevor die Schuldiener die Amtsgeschäfte antreten oder die Amtseinkünfte sich aneignen, bedürfen sie der landesfürstlichen Bestätigung, auch haben sie vor dem Amtsantritt den Dienst- und Huldigungseid zu leisten. (1.)*

Die Bewerbung um eine Lehrerstelle ist an das Herzogliche Konsistorium zu richten.

Der festen Anstellung geht eine provisorische voraus. in welcher Zeit das Staatsexamen bestanden werden muß (26).

2. Urlaub.

Urlaub bis auf drei Tage erteilt der Ortsprediger, auf vier bis acht Tage der Superintendent und auf noch längere Zeit das Herzogliche Konsistorium (223).

Die Stellvertretung wird durch den Superintendenten geordnet (223).

3. Kündigung.

Jeder Beamte kann seine Verabschiedung fordern. Sie kann nicht versagt werden, wenn der Beamte seine amtlichen Geschäfte erledigt und drei Monate vorher gekündigt hat. Sie darf bei Lehrern bis auf den Ablauf desjenigen Schulhalbjahres, welches nach der Einreichung des Verabschiedungsgesuches beginnt, verschoben werden (158).**)

Bei Versetzungen und Pensionierungen ist sofort dem Vorgesetzten Meldung zu machen (384).

Umzugskosten werden nicht erstattet — wohl aber den Seminaristen, wenn sie als Aushilfslehrer zu provisorischer Verwaltung erledigter Schulstellen verwandt werden (53).

*) Eine Gebühr wird nicht mehr entrichtet.

**) Der Landesfürst bezw. das Staatsministerium haben die Befugnis, einen Beamten (Lehrer) innerhalb der ersten drei Jahre seiner Dienstzeit zu verabschieden.

4. Dienstinstruktionen.

Seit dem Jahre 1836 besteht eine Dienstvorschrift für Landschullehrer (220). Die Stadt Braunschweig hat jetzt eine solche aus dem Jahre 1901 (181) und die übrigen Städte aus den Jahren 1884—1904. Hinzugekommen ist 1895 die Dienstanweisung für erste Lehrer an mehrklassigen Landgemeindeschulen (229). Alle stimmen im großen und ganzen überein und verweisen auf die Pflichten, die der Lehrer zu erfüllen hat. In der letzteren sind die Befugnisse der ersten Lehrer genau angegeben. Die Ausübung der Jagd ist allen Gemeindeschullehrern während der Ferien gestattet (235).

Die Abfassung von Rechtsakten ist den Lehrern untersagt (238).

5. Konferenzen.

Jährlich finden zwei amtliche Konferenzen statt, die der Schulinspektor leitet, und an denen die Lehrer teilzunehmen verpflichtet sind. Die am Orte der Konferenz wohnenden Lehrer erhalten 3 M, die außerhalb wohnenden 5 M Tagegelder (234).

6. Disziplinarmaßnahmen.

Jeder Lehrer hat die Verpflichtung, die ihm übertragenen amtlichen Pflichten der Verfassung, den Gesetzen, sowie den Dienstvorschriften und Anweisungen entsprechend, gewissenhaft wahrzunehmen und durch sein Verhalten in und außer dem Amte der Achtung, die sein Beruf erfordert, sich würdig zu zeigen (141).

Ein Lehrer, welcher die ihm obliegenden Pflichten verlegt, begeht ein Dienstvergehen und hat die Disziplinarbestrafung verwirkt (2, 141).

Die Disziplinarstrafen bestehen in:

1. Ordnungsstrafen:
2. Dienstentlassung,
3. Absetzung.

1. Ordnungsstrafen sind: Warnung, Verweis und Geldstrafe bis zum Betrage eines Zwölftels des jährlichen Dienst Einkommens.

2. Der Dienstentlassene verliert Titel und Rang seines Amtes, sein Einkommen wird auf $\frac{1}{5}$ herabgesetzt. Der Dienstentlassung muß ein förmliches Disziplinarverfahren vorangehen.

3. Die im gerichtlichen Strafverfahren erfolgte rechtskräftige Verurteilung zu Zuchthausstrafe, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte oder Unfähigkeit zur Befleischung öffentlicher Ämter hat von Rechts wegen — also ohne förmliches Disziplinarverfahren — die Absetzung zur Folge. Die Absetzung zieht den Verlust des gesamten Dienst Einkommens nach sich (145).

7. Besoldung (28 ff.).

a) Das Gehalt der Stadt- und Landlehrer beträgt:

1. — 3. Dienstjahr:	1410 M	} Dazu freie Wohnung oder Mietentschädigung (in Ortsklasse II: 360 bis 450 M, III: 280 bis 360 M).
4. — 6. "	1590 "	
7. — 9. "	1800 "	
10. — 12. "	2040 "	
13. — 15. "	2280 "	
16. — 18. "	2520 "	
19. — 21. "	2700 "	
22. — 24. "	2910 "	
25. — 27. "	3120 "	
28. u. folg. "	3300 "	

Erste Lehrer dürfen nicht unter 1800 M (und freie Wohnung) haben.

Lehrer mit Kirchendienst erhalten 200 M mehr.

Die sogenannten niederen Kirchendienste sind den Lehrern seit 1902 abgenommen.

Zur Übernahme eines Nebenamtes hat der Lehrer die Genehmigung des betreffenden Schulvorstandes und des Herzoglichen Konsistoriums einzuholen (45).

b) Aushilfslehrer erhalten neben freier Wohnung (oder einer Mietentschädigung von 120 M jährlich) und Vergütung der Reisekosten eine Remuneration von mindestens 900 M. Aushilfslehrer, welche die Schulaufsichtsprüfung bestanden haben, bekommen mindestens 1100 M (und die Mietentschädigung von 120 M (52)).

Die Stadt Braunschweig hat eine besondere Gehaltskala.

8. Ruhegehalt.

Die Versetzung in den Ruhestand erfolgt, wenn ein Lehrer wegen körperlicher oder geistiger Schwäche behindert ist, dem Dienste länger vorzustehen oder wenn er das 70. Lebensjahr oder das 50. Dienstjahr zurückgelegt hat (40).

Das Ruhegehalt beträgt bis zum 5. Dienstjahre $\frac{1}{3}$ des Dienst Einkommens und steigt von da ab mit jedem Dienstjahre um $1\frac{1}{2}\%$ des Dienst Einkommens, jedoch nur bis 80%.

Den Hinterbliebenen (Witwen und minderjährigen Kindern) des Lehrers gebührt das Einkommen für zwei Gnadenmonate und 24% des Dienst Einkommens (161).

Einen Beitrag (Reliktenbeitrag) haben die Beamten seit 1899 nicht mehr zu leisten (167).

Die Sterbekasse der Lehrer des Herzogtums gewährt gegen Beitrag eine Unterstützung von 500 M., die der Stadt Braunschweig von 1000 M. Eine Verpflichtung zur Teilnahme an der Landes-Sterbekasse besteht nicht mehr (255 ff.).

Der Pestalozziverein des Herzogtums gewährt an Lehrerwitwen und -waisen Unterstützungen (3. Zt. je 50 M. regelmäßige, dazu außerordentliche). Beitrag 6 M.

Die Schaarschmidtstiftung unterstützt ältere, bedürftige Lehrertöchter.

9. Schulbesuch.

Die Verpflichtung zum Besuche der Gemeindeschule beginnt mit dem Anfange des Schuljahrs für alle Kinder, welche das 6. Lebensjahr entweder alsdann vollendet haben oder bis zum 30. Juni einschließlich vollenden. Ausnahmen sind gestattet (56).

Beendet wird die Schulpflichtigkeit mit der Konfirmation des Kindes (Näheres s. S. 60, 70, 321).

In den Landschulen soll kein Kind länger als wöchentlich 28 Stunden im Winter und 24 Stunden

im Sommer am Unterrichte teilzunehmen verpflichtet sein (68).

10. Schulgeld.

Die Schulgeldsätze in den Städten und in den mit einer Bürgerschule versehenen Flecken werden auf Antrag der Gemeindebehörden vom Herzoglichen Konsistorium festgestellt. Verweigert dasselbe seine Genehmigung, so steht den Gemeindebehörden ein Rekurs an Herzogliches Staatsministerium zu.

In den Landgemeinden ist für jedes nicht befreite Kind an Schulgeld zu entrichten

in gewissen Gemeinden der Betrag von jährlich

4 M,

in anderen, wo ehemals ein Schulgeld von weniger als 3 M jährlich bezahlt wurde, dieser geringere Betrag nebst einem Zusage von 1 M und

in noch anderen Gemeinden, wo ehemals gar kein Schulgeld zu zahlen war oder anstatt des Schulgeldes die Entschädigung des Lehrers für den Schulunterricht in anderer Weise stattgefunden hatte, lediglich ein Betrag von 1 M jährlich.

Das Schulgeld wird nur für ein Kind bezahlt. Die übrigen Kinder derselben Familie sind frei. Dazu wird teilweise freies Unterrichtsmaterial geliefert (28).

Arme Kinder sind ganz oder teilweise von der Entrichtung des Schulgeldes befreit.

Die Erhebung des Schulgeldes liegt der Gemeindebehörde ob, es fließt in die Schulkasse.

Die Schulgeldlisten hat der Lehrer aufzustellen.

Der Staat zahlt den Gemeinden einen Zuschuß.

11. Schulversäumnisse.

Schulversäumnisse, welche die Schulbehörde als unentschuldigter anerkennt, werden auf deren Antrag bestraft mit Geldstrafe bis zu 60 M oder mit Haft bis zu 14 Tagen (9).

Wahlweise können daneben die Schulleiter eine Ordnungsstrafe von 25, bezw. 50 Pfg. für jeden unentschuldigter versäumter Tag festsetzen.

Schulkinder dürfen als Treiber bei Jagden nicht verwandt, Erlaubnis zur Schulversäumnis also deshalb nicht erteilt werden (236).

Das (Reichs-) Kinderschutzgesetz regelt die Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben (392).

12. Schulzucht.

Auf Ruhe und Ordnung in der Schule, sowie auf alles, was einer vernünftigen Schulzucht entspricht, hat der Lehrer mit Sorgfalt und Festigkeit zu halten, und darf er daher die üblichen Ehren- und Freiheitsstrafen unbedenklich anwenden. Ein anderes aber ist es mit den körperlichen Züchtigungen.

Ein Recht, körperliche Züchtigungen anzuwenden, besitzt er, aber nur in dem Maße, wie es ihm Gesetz oder Dienstvorschriften vorschreiben. Bei Anwendung derselben hat er sich vor leidenschaftlicher Hitze sorgfältig zu hüten, und darf er sich übermäßige oder gar unanständige Züchtigungen, Schläge an den Kopf oder irgendeine die Gesundheit der Kinder gefährdende Behandlung derselben durchaus nicht erlauben. Bei wichtigeren Disziplinarfällen hat er vor der Bestrafung das Urteil des Vorgesetzten einzuholen (224). Disziplinarische und strafrechtliche Bestrafungen der Lehrer können wegen Überschreitung des Züchtigungsrechtes leicht vorkommen! Vorsicht!

13. Organisation der Landgemeindeschulen.

Es werden unterschieden:

A. die einklassige Schule — ein Lehrer — Ober-, Mittel- und Unterstufe — Schulkinder nicht über 120.

B. die zweiklassige Schule — Schulkinder nicht über 70 in einer Klasse.

C. die dreiklassige Schule — zwei Lehrer.

D. die vierklassige Schule — drei Lehrer.

E. die fünfklassige Schule — vier Lehrer, Trennung der Geschlechter in der ersten Klasse, wenn die Gesamtzahl 40 übersteigt.

F. die sechsklassige Schule — fünf Lehrer, Trennung der Geschlechter in den beiden oberen Klassen, wenn die Gesamtzahl in jeder Klasse 40 übersteigt.

Der 1893 veröffentlichte Stundenplan gilt als Muster und ist für alle Systeme und alle Quartale angegeben (73).

Die Unterrichtsfächer sind die bekannten, dem heutigen Stande der Pädagogik entsprechenden.*)

14. Ferien (23, 83).

Eine neue Ferienordnung für Bürgerschulen besteht seit 1901, eine solche für Landgemeindeschulen seit 1908. Gemeinsam sind: Osterferien 15 Tage, Pfingstferien 5 Tage, Weihnachtsferien 14—15 Tage. Landgemeindeschulen: Sommer- und Herbstferien 6 Wochen. Bürgerschulen: Sommerferien im Juli volle 4 Wochen, Michaelisferien 15 Tage.

15. Lehrplan (85 ff.).

Für den Unterricht ist ein Minimallehrplan erlassen, der seit 1896 in Kraft ist. Er bestimmt dasjenige Maß von Leistungen, welches von jeder Volksschule gefordert werden muß und dient als allgemein normgebende Grundlage bei Aufstellung der besonderen Lehrpläne für die einzelnen Schulen.

Nach ihm hat die Volksschule die Aufgabe, der Jugend unter sorgsamer Berücksichtigung ihres körperlichen Gedeihens durch Unterricht und Erziehung die Grundlagen christlicher und nationaler Bildung und die für das bürgerliche Leben notwendigen allgemeinen Kenntnisse und Fertigkeiten zu gewähren.

Unterrichtsgegenstände sind: Religion, Deutsche Sprache, Rechnen, Raumlehre, Geschichte, Erdkunde, Naturgeschichte und -lehre, Schreiben, Singen, Zeichnen, Turnen und weibliche Handarbeiten.

Der Lehrplan bestimmt die Lehrmittel für Schule und Kinder, sowie auch die Ausstattung der Schulzimmer, verbreitet sich über Zeit und Methode des Unterrichtes, über die Stoffauswahl und -verteilung, Vorbereitung des Lehrers usw.

Mit ihm ist ein großer Fortschritt gegen die alten Bestimmungen von 1840 geschaffen.

*) Vergl. Lehrplan.

16. Gesundheitspflege.

A. Impfung (267 ff.). Der Lehrer hat sich bei der Aufnahme der Kinder die Impfscheine vorzeigen zu lassen. Er hat die Listen der der Wiederimpfung unterliegenden Schulkinder aufzustellen, das Schullokal zum Impftermine bereit zu halten und bei der Impfung selbst zugegen zu sein.

B. Ansteckende Krankheiten. a) Tuberkulose (284). Die auf die Schulen sich beziehenden, vom Herzoglichen Staatsministerium empfohlenen Ratschläge sind: „Für die Schulen sind die Erkrankungen der Lehrer von größerer Bedeutung als die der Schüler, wenigstens soweit es sich um jüngere Kinder handelt. Lymphdrüsen der Brust und das Gehirn erkranken bei Kindern häufiger als die Lungen an Tuberkulose, zudem sind Kinder im Aushusten nicht geübt und verschlucken den Auswurf. In den oberen, namentlich Knabenklassen, wird die Bedeutung des Spudnapfes schon größer sein“.

Ganz allgemein dürfte für Schulen anzuordnen sein:

1. „daß Lehrer wie Schüler zur Entleerung ihres Auswurfes im Schulgebäude sich nur der in geeigneter Beschaffenheit und genügender Zahl aufzustellenden Spudnapfe bedienen dürfen,
2. daß in den Schulräumen Staub möglichst beseitigt werden muß, aber nur durch nasses Aufwischen entfernt werden darf,
3. daß öfter hustende Schüler in bezug auf 1. vom Lehrer besonders zu beobachten sind,
4. daß brustkranken Kindern das Wegbleiben von der Schule zum Zwecke längerer Kuren mit besonderer Bereitwilligkeit erleichtert und gestattet werde.“

b) Cholera, Scharlach, Diphtheritis, Keuchhusten, Krätze usw.: Als Vorschrift gilt, daß die mit derartigen Krankheiten behafteten Kindern solange der Schule fern bleiben müssen, daß eine Gefahr der Ansteckung nicht mehr vorhanden ist (288).



c) Im Falle von Epidemien sind die Schulen auf Weisung des Physikus von den Ortspolizeibehörden, resp. der Kreisdirektion zu schließen (286).

d) Epileptische Schulkinder sind als „Kranke“ von der Schule fernzuhalten (288).

Für die Förderung der Gesundheit der Schüler ist in den letzten Jahrzehnten in Stadt und Land des Herzogtums viel geschehen: Schulbäder, Ferienkolonien, Jugendspiele, Knaben- und Mädchenhorte usw., meist aber alles durch private und behördliche Wohltätigkeit — ohne gesetzliche Vorschrift und gesetzlichen Zwang.

17. Fürsorge für nicht vollsinnige Kinder (291 ff.).

Blinde sowie taubstumme Kinder sind von ihrem 7. Lebensjahre ab den betreffenden Internatsanstalten zu Braunschweig für die Dauer der Schulpflicht zu überweisen.

Schwach- oder blödsinnige Kinder kommen in die Anstalt zu Neu-Erkerode.

Die Kosten der Unterbringung tragen die Eltern.

18. Fürsorgeerziehung (307 ff.).

Veranlaßt durch das Inkrafttreten des „Bürgerlichen Gesetzbuches“ am 1. Januar 1900, sind die bisherigen Bestimmungen über die Fürsorgeerziehung durch Gesetz vom 22. Oktober 1908 neu geregelt.

Danach findet die unter Aufsicht des Staates erfolgende Fürsorgeerziehung statt:

1. wenn das Vormundschaftsgericht in dem Falle des § 55 des Reichsstrafgesetzbuches die Begehung der strafbaren Handlung festgestellt und die Fürsorgeerziehung (Minderjähriger) zur Verhütung weiterer sittlicher Verwahrlosung für erforderlich erklärt,

2. wenn das Vormundschaftsgericht nach den Voraussetzungen der §§ 1666, 1686, 1838 des Bürgerlichen Gesetzbuches die Fürsorgeerziehung (Minderjähriger) anordnet,

3. wenn das Vormundschaftsgericht festgestellt hat, daß die Fürsorgeerziehung (Minderjähriger) zur Ver-

hütung des völligen sittlichen Verderbens der Minderjährigen notwendig sei,

4. wenn in dem Falle des § 56 Abs. 2 des Reichsstrafgesetzbuches durch das Strafurteil bestimmt ist, daß der Angeklagte in eine Erziehungs- oder Besserungsanstalt gebracht werden solle.

Das Vormundschaftsgericht kann seine Anordnung von Amts wegen oder auf Antrag der Eltern, Vormünder, Pfleger und der Ortspolizeibehörde treffen.

Die Gerichte, die Staatsanwaltschaft, die Polizei, die Gemeinde- und Schulbehörden haben die zu ihrer Kenntnis gelangenden Tatsachen, welche die Anordnung der Fürsorgeerziehung (Minderjähriger) rechtfertigen, dem zuständigen Vormundschaftsgerichte mitzuteilen.

Der Vollzug der gerichtlichen Anordnung, insbesondere die Entscheidung darüber, ob der Minderjährige in einer Familie oder in einer Erziehungs- und Besserungsanstalt unterzubringen sei, erfolgt durch die Landes-Polizeibehörde.

Die Fürsorgeerziehung hört nur auf, wenn die Erreichung des Zweckes der Fürsorgeerziehung anderweitig sichergestellt oder dieser erreicht ist.

Die Kosten der Unterbringung trägt die Staatskasse. Diese kann Ersatz verlangen.

Die Minderjährigen, deren Unterbringung in eine Erziehungsanstalt verfügt ist, sind in der auf Staatskosten errichteten und vom Staate beaufsichtigten Erziehungsanstalt unterzubringen, welche sich im Wilhelmstift zu Bevern befindet.

Zum Schluß sei kurz verwiesen auf die Bestimmungen: über Schulparkassen, Konfirmandenparvereine usw. (344), über Behandlung altertümlicher Funde (346), über Verhütung von Waldbränden und Schadenfeuer (350), über Haftpflicht der Lehrer und des Staates (414, 417), über das Lehrervereinswesen (403), auf das Gesetz über das Fortbildungsschulwesen (328) u. a.

VI. Lehrerinnen.

1. Seminarwesen.

Im Herzogtume bestehen auch für Lehrerinnen ebenfalls zwei, mit höheren Mädchenschulen verbundenen Seminare, je eins in Braunschweig und Wolfenbüttel.

2. Prüfungen (353 ff.).

Für Lehrerinnen gibt es drei Prüfungsordnungen, datiert vom 16. Januar 1899:

1. Die Prüfung von Lehrerinnen, welche die Befähigung zur Erteilung von Unterricht an unteren und mittleren Bürger- und anderen Gemeindeschulen (Volksschulen), sowie an mittleren und höheren Mädchenschulen nachweisen soll, wird entweder in Form der Entlassungsprüfung an einer zur Abhaltung derselben berechtigten Lehrerinnen-Bildungsanstalt oder vor einer dazu ernannten besonderen Prüfungskommission abgelegt;
2. Prüfungsordnung für Schulvorsteherinnen;
3. Prüfungsordnung für Lehrerinnen der französischen und der englischen Sprache.

Eine zweite Prüfung (Schulamtsprüfung oder Staatsexamen) machen Lehrerinnen nicht.

Für Handarbeits- und Turnlehrerinnen ist eine Prüfungsordnung (vom 19. Februar 1897), ein Lehrplan und ein Gesetz — nur über Handarbeitsunterricht — (vom 19. Mai 1892) erlassen worden (366 ff.). Die Kurse finden in Wolfenbüttel statt. Die Anerkennung dieser Prüfungen ist für Preußen und Mecklenburg-Schwerin ausgesprochen.

3. Anstellung (47, 48).

Die Anstellung der Lehrerinnen erfolgt durch Herzogliches Konsistorium mittels Anstellungsurkunde (Gesetz vom 14. Dezember 1908).

4. Besoldung (49).

1.— 3. Dienstj.	1350 M	13.— 15. Dienstj.	1950 M
4.— 6. "	1500 "	16.— 18. "	2100 "
7.— 9. "	1650 "	19.— 21. "	2250 "
10.— 12. "	1800 "	22. u. folg. "	2400 "

(Nach Befehl vom 21. Juni 1910.)

5. Gesamter Schuldienst.

Die Bestimmungen über Beeidigung, Disziplinarmaßregeln, Urlaub, Ruhegehalt, Nebenämter, Versetzung, Aufhebung des Dienstverbandes u. a. sind dieselben wie bei Lehrern (50).

Anhang.

Eingaben und Abfassung von Eingaben an das Herzogliche Konsistorium (384).

Eingaben der Lehrer an das Herzogliche Konsistorium sind nur dann unmittelbar an dasselbe einzusenden, wenn es ausdrücklich vorgeschrieben ist oder wenn sie Bewerbungen um erledigte Stellen enthalten. Andere Eingaben gehen den Instanzenweg.

Über die Abfassung der an das Konsistorium zu richtenden Eingaben ist bestimmt:

- Das Papierformat hat eine Höhe von 33 cm und eine Breite von 21 cm.
- Jede Eingabe ist zur linken Hand über dem Anfange des Textes mit der Überschrift zu versehen, welche den Namen, Stand und Wohnort des Antragstellers oder Berichterstatters, sowie den behandelten Gegenstand kurz angibt.
- Wenn eine Eingabe durch ein Reskript veranlaßt ist oder auf ein solches Bezug hat, so ist dasselbe in der Überschrift oder im Eingange mittelst Angabe des Ausstellungstages und der Nummer genau zu bezeichnen.
- In jeder Eingabe ist nur ein Gegenstand zur Sprache zu bringen.

